

**HESSISCHER LANDTAG**

25.05.2009

*Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen*

**Änderungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) in der Fassung der  
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 18/409 zu Drucksache 18/281**

Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 0501 Ministerium

Buchungskreis: 2400

Produktnummer lt. Leistungsplan 4

Bezeichnung lt. Leistungsplan Fach- und Vollzugssteuerung

<b>Leistungsplan:</b>	<b>Veränderung</b>		
	<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	15.296,4	+100,0	15.396,4
<b>Produktabgeltung</b>			0,0

**Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Zur Umsetzung der UN-Konvention müssen zahlreiche Landesvorschriften geändert werden. Um eine sachgemäße Änderung zu erreichen, ist die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehungen von Experten aus den Behindertenverbänden nötig. Dafür soll der Haushaltsansatz um 50.000,- Euro erhöht werden.

Nach dem Vorbild anderer Länder soll eine externe Ombudstelle zur Korruptionsprävention eingerichtet werden, damit gewährleistet wird, dass Mitarbeiter sich vertrauensvoll an diese Stelle wenden können, ohne Angst vor Repressionen haben zu müssen. Diese kann beispielsweise bei einem Rechtsanwalt angesiedelt werden. Dafür soll der Haushaltsansatz um 50.000,-Euro erhöht werden

Wiesbaden, 25.05.2009

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende  
**Tarek Al-Wazir**